Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 3.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 503. Dienstag, 14. Oktober 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Die Kriegslage in Nordwestrußland.

Eigene Drahtmeldung.

J. Helsingfors, 13. Oktober.

An der Düna ist die Kriegslage unverändert; beiderseits befestigte Artilleriestellungen und Feuerstellungen. Für die Stadt Riga wurde der Belagerungszustand erklärt. Die lettische Regierung übersiedelte nach Wenden, dagegen bleibt die Evakuierungskommission in Riga. General Bermondt-Awalow soll machte der lettischen Regierung neue Vorschläge, welche ebenfalls abgewiesen wurden. Die estnische Regierung beschloß eine Unterstützung Lettlands mit einer Million, wogegen Lettland Wall, Eisenbahnmaterial, Schienen usw. für die estnischen Verbandsangehörigen dafür werden zurückgeliefert und Estland und Lettland in Revval mit einer nach dort entsandten lettischen Sonderabordnung zu führen.

Die Nordwestarmee leitete einen allgemeinen Angriff in der Richtung auf Pleskau und Gatschina ein. Die Bahnstationen Ljewaro, Moloskowsitzkaja und Molwino wurden genommen. Pleskau selbst wird bombardiert, der Fall der Stadt steht bevor.

Die Engländer beschlagnahmten drei deutsche Fahrzeuge im Finnischen Meerbusen, die nach Reval überführt wurden.

In einem Monat vor Moskau?

Eigene Drahtmeldung.

V. Kopenhagen, 14. Oktober.

Denikins Vormarsch richtet sich nun gegen Orel und gegen Tula. Wie das Blatt „Sods Wessij" mitteilt, ist anzunehmen, daß er im Laufe eines Monats vor Moskau stehen wird. Das den Bolschewisten nahestehende Organ „Prawda" schreibt: „Der Fall von Kursk und der Vormarsch gegen Norden bedeuten nicht nur eine Teilniederlage auf diesem Frontabschnitt, sondern eine direkte Drohung gegen die ganze Revolution." Auf Anordnung des roten Militärrates ist die Stadt Tula mit Stacheldrahtverhauen umgeben worden. Es werden Laufgräben angelegt und Schanzen aufgeworfen. Für das ganze Gouvernement ist eine Verteidigungsarbeitspflicht aller Männer und Frauen von 18 bis 45 Jahren für 7 Tage angeordnet worden.

„Sods Wessij" teilt mit, daß die Räteregierung von neuem mit einem Friedensgesuch an die polnische Regierung herangetreten sei. Eine bolschewistische Delegation sei bereits die polnische Front besucht haben, um die Verhandlungen einzuleiten. Ein Dekret der Sowjet-Regierung ordnet die sofortige militärische Ausbildung der arbeitenden Bevölkerung an. Es heißt in dem Aufruf u. a., daß sich die Bauern militärischen Übungen unterziehen müssen, da ihre Fetdarbeit nunmehr beendet sei.

In Petersburg herrscht Panik vor den zu erwartenden Bombardements englischer Flieger. Ein Dekret ordnet die nötigen Vorsichtsmaßnahmen an.

Zwar mehren sich die Meldungen über den bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjetmacht. Man wird jedoch im Hinblick auf frühere ähnliche Nachrichten gut tun, sie mit einiger Vorsicht aufzunehmen.

Die Murmanküste für Norwegen?

Eigene Drahtmeldung.

Christiania, 14. Oktober.

Bei einem Bankett zu Ehren des norwegischen Gesandten Jarlsen, dem auch der Staatsminister Knudsen beiwohnte, sollen seitens des Ministers wie des Gesandten in Ansprachen Äußerungen gefallen sein, die bei den Festteilnehmern außerordentliche Verwunderung hervorriefen, und die in der Presse in rückhaltloser Weise übergangen worden sind.

„Dagbladet", das sich mit diesen Äußerungen beschäftigt, sieht in der von Wessel-Jarlsen gebrauchten Wendung von einem größeren Norwegen eine Bestätigung dafür, daß Norwegen, abgesehen von Spitzbergen, noch eine weitere Vergrößerung seines Gebiets erfahren werde. Das Blatt meint, daß Wessel die Pläne für einen Anschluß Murmans an Norwegen aus Paris mitgebracht habe. „Socialdemokraten" greift den Gesandten als Imperialisten an und fordert, daß die Regierung den Minister in irgend einer Form desavouieren solle.

Verminderung englischer Rüstungen.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 14. Oktober.

Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Expreß", verfährt, daß die Spartamkeitskommission des Kabinetts in der Schnelligkeit genommen ist, daß es jetzt an der Zeit sei, mit dem Sparen nun wirklich zu beginnen. Dieses werde vor allem für die drei Verteidigungsressorts der Fall sein müssen. Für die Armee sei verfügt worden, daß die Ausgaben auf 75 Millionen Pfund jährlich herabgesetzt werden sollen. Der Flottenetat müsse auf 60 Millionen Pfund herabgemindert werden und der Etat für die Luftflotte auf 25 Millionen Pfund Sterling. Das Übergangsjahr laufe bereits einige Monate; trotzdem seien die Ausgaben bis jetzt bedeutend höhere gewesen. Es sei aber zu wünschen, daß die Bureaus von jetzt ab ihre Ausgaben einschränkten und nach den neuen Vereinigungen einrichteten. Wenn der Flotte sollten verschiedene Schiffe angekauft werden, doch werde es von der Entwicklung der Verhältnisse in Europa abhängen, inwieweit das geschehen könne. Es sei beabsichtigt, bei der Flotte 100 000 Mannschaften und Offiziere in Dienst zu behalten.

Die Wirkungen der Krankheit Wilsons.

S. Haag, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Verschiedene Fragen, wie der amerikanisch-italienische Zwischenfall wegen des Dampfers „Imperator" den amerikanische Schiffahrtsamt kommt noch zurückhält, drohen er ebenfalls in Frage gestellt zu werden ist die italienische Schiffsraumforderungen an Amerika, in erster Reihe aber die Finanzfrage, ferner die Frage eines amerikanischen Mandats für Armenien und Konstantinopel warten auf eine Lösung, die durch die Krankheit Wilsons auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Denn aus den Bulletins der Ärzte ergibt es sich, daß an eine völlige Genesung des Präsidenten noch lange nicht zu denken ist.

Die Beratung der deutschen Antwort.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hat heute vormittag über die Beantwortung der beiden Noten der Entente beraten.

Wie wir hören, bestätigt sich die Nachricht, daß außer dem in Riga zurückgelassenen deutschen Vertreter derjenige in Libau von den Letten verhaftet worden sei, nicht.

Stellung zur Blockadefrage.

Wir berichteten im heutigen Morgenblatt, daß ein gemeinsames Vorgehen der skandinavischen Länder in der Blockadefrage zu erwarten sei. Diese Kopenhagener Meldung wird nunmehr durch die folgende aus Christiania ergänzt. Die uns zugegangene Nachricht lautet:

Christiania, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) „Morgenblatt" hält es für wahrscheinlich, daß bezüglich der Blockadeforderung der Entente gegen Sowjetrußland gemeinsame Verhandlungen zwischen den skandinavischen Staaten geführt werden würden. Norwegen habe zunächst noch keinen Beschluß gefaßt. „Aftenposten" meint, daß die ganze Blockadefrage für Norwegen nur eine grundsätzliche Angelegenheit ohne tatsächliche Folgen sein wird.

* * *

g. Stockholm, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Stockholmer Aftonbladet" veröffentlicht Äußerungen des Sowjetvertreters in Stockholm, der die Meinung ausspricht, daß die Blockade niemals einen wirksamen Charakter werde annehmen können. Es habe sich übrigens gezeigt, daß nur englische und französische Schiffe zum Wachdienst herangezogen würden. Der Sowjetvertreter meint, darin ein Anzeichen erblicken zu können, daß Amerika das Vorgehen der Entente gegen Sowjetrußland nicht billige.

Auf eine Mine gelaufen.

V. Kopenhagen, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern morgen 5 Uhr ist westlich Osbjerg der deutsche Dampftrawler „Jupiter" aus Geestemünde auf eine Mine gelaufen. Sechs Mann der Besatzung sind umgekommen, der Rest, unter ihm der Kapitän, wurden in Osbjerg, nachdem sie von einem anderen deutschen Trawler an Bord genommen waren, an Land gebracht. Sie befinden sich wohl.

Der mecklenburgische Ministerpräsident.

Neustrelitz, 14. Oktober. An Stelle des zum bevollmächtigten Minister bei der Reichsregierung und zum stellvertretenden Mitglied des Reichsrats ernannten Staatsministers Krüger ist Ministerialdirektor Freiherr von Reibnitz zum Staatsminister und Vorsitzenden des Staatsministeriums sowie zum Mitglied des Reichsrats ernannt worden.

Die Bewegung unter den Frankfurter Eisenbahnern.

Zu der Bewegung unter den Eisenbahnarbeitern des Direktionsbezirks Frankfurt a. M., die einen mit dem Betriebe nicht zu vereinbarenden Einfluß auf die technische Leitung des Verkehrs beanspruchen, erfahren wir, daß heute der Präsident der genannten Eisenbahndirektion beim Eisenbahnminister eingetroffen ist, und daß sich wegen der schwerwiegenden Bedeutung der Vorgänge möglicherweise auch das preußische Kabinett mit ihnen befassen wird.

Nach Beendigung einer großen Demonstration am Montag haben die Eisenbahner die Arbeit zwar wieder aufgenommen, doch findet heute nachmittag eine allgemeine Arbeiterversammlung statt, in der die endgültige Entscheidung über das weitere Verhalten der Arbeiter fallen soll. Der Verkehrsausschuß versucht darauf hinzuwirken, daß die Arbeit nicht vor Herbeiführung dieser Entscheidung eingestellt wird.

Die Aktion gegen den Völkerbund in der Schweiz.

B. Basel, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Basler Nachrichten" mitteilen, wird ein aus Vertretern aller Kreise der Schweiz zusammen gesetztes Aktionskomitee die Öffentlichkeit über die politischen Nachteile des vorliegenden Völkerbundvertrages aufklären. Seine Referenten, Männer von eidgenössischem Namen, seien bereit, in Versammlungen ihre Bewertung gründe klar zu legen.

Hollands Recht auf Schließung der Schelde.

Amsterdam, 14. Oktober. Der Pariser Vertreter des „Telegraaf" meldet, daß die direkten Verhandlungen zwischen Holland und Belgien über die Wirtschaftsfragen infolge der Abreise der belgischen Delegierten vorläufig unterbrochen wurden. Man erwartet aber ihre baldige Wiederaufnahme. Auskünfte aus belgischer Quelle bestätigen, daß der holländische Standpunkt in den die Schelde und Limburg betreffenden militärischen Fragen vom Vierzehner-Ausschuß fast allgemein gebilligt werde. Holland wird das Recht erhalten, die Schelde in Kriegszeiten für bewaffnete Schiffe zu schließen.

Die Finanzmaßnahmen im italienischen Ministerrat.

to. Lugano, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nachrichten des „Corriere della Sera" aus Rom besagen, daß der heutige Ministerrat sich mit den geplanten Finanzmaßnahmen befassen werde. Das Blatt will wissen, daß im Kabinett immer die Meinung überwiege, die beschlossenen Maßnahmen nicht sofort zur Anwendung zu bringen, sondern daraus eine der Hauptfragen für die Wahlen zu machen.

Ein neuer Zeuge?

Derjenige Teil der deutschen Presse, der für die Anschauung kämpft, Deutschlands Zusammenbruch sei durch Kleinmütigkeit und Revolution, nicht aber durch die erdrückende Ueberlegenheit der Gegner und die lange Dauer der grausamen Blockade erfolgt, bemüht sich, immer neue Argumente für diese unhaltbare Anschauung zu gewinnen. Die Methode dieser Eiferer ist nicht gerade sehr kritisch. Sobald irgendwo in der Welt eine Rede gehalten oder ein Buch geschrieben wird, worin auch nur ungefähr von dem Kräfteverhältnis der beiden großen Kriegskoalitionen gesprochen wird, stürzen sich diese sonderbaren Schwärmer darauf, um daraus zu beweisen, daß das deutsche Volk sich selbst vernichtet habe. Der neueste dieser ausländischen Zeugen für den innerpolitischen Parteikampf ist der amerikanische Admiral Sims, der in „Reviews Magazine" unter dem Titel „Als Deutschland fast gewann" seine Kriegserinnerungen veröffentlicht. Der Admiral wurde von seiner Regierung im Frühjahr 1917, bevor die Vereinigten Staaten Deutschland den Krieg erklärten, nach England entsandt, offenbar um sich dort über die Aussichten der Entente auf Niederwerfung Deutschlands zu informieren. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg feierte gerade damals seine ersten großartigen Ziffernerfolge, welche in England tiefe Bestürzung erregten. Dies kam naturgemäß in einer Unterhaltung des Amerikaners mit dem englischen Admiral Jellicoe zum Ausdruck, der, wie Sims berichtet, angesichts der englischen Tonnageverluste erklärte, es sei für England unmöglich, den Krieg weiterzuführen, wenn diese Verluste weiter andauern sollten. In einem Memorandum, das der amerikanische Admiral im Sommer 1917 nach Washington schickte, gab er der Meinung Ausdruck, daß die Entente im Begriffe sei, den Krieg zu verlieren.

Diese Aeußerungen des amerikanischen Seeoffiziers beweisen, was man längst wußte. Die großartigen Erfolge des U-Bootkrieges hatten in der Tat die Widerstandskraft und die Zuversicht Englands in so hohem Maße geschwächt, daß ein Teil seiner politischen Führer im Juli 1917 der Auffassung zuneigte, es verlohne sich für England nicht, den Krieg weiterzuführen angesichts des Risikos, durch die Vernichtung aller Zufuhrmöglichkeiten zur See zur Kapitulation gezwungen zu werden. Diese englische Besinnung mußte sich politisch darin ausdrücken, daß England dem damals von der ersten russischen Revolutionsregierung propagierten Plan einer Revision der Kriegsziele näherrten. Auf diesem Wege konnte die ganze verfahrene Situation, in der dem Ententeimperialismus das altdeutsche Programm der Annexion Belgiens unverhohlen gegenüberstand, auf die Bahn des Verständigungsfriedens geleitet werden. So wurde die Lage von der deutschen Regierung unter Bethmann Hollweg und von der Reichstagsmehrheit angesehen, als man im Juli durch die feierliche Verkündung des deutschen Verständigungswillens in der Reichstagsresolution dem Ausland zu verstehen gab, daß auch in Deutschland die Voraussetzungen für einen billigen Frieden vorhanden seien.

Warum diese in der internationalen Lage begründeten Hoffnungen sich damals nicht erfüllten, ist zwar geschichtlich noch nicht voll geklärt, liegt aber in den Grundzügen einem unvoreingenommenen Blick ziemlich offen dar: Die wütende alldeutsche Agitation gegen die Verständigungstendenz des Reichstags und der Regierung, der stärkere Einfluß, den diese Richtung der deutschen Politik auf die neue Regierung des Kanzlers Michaelis ausübte, die zweideutige, nachlässige Behandlung der päpstlichen Friedensaktion durch diese Regierung, das fortgesetzte Zögern, in der belgischen Frage eine offene, mit der Friedensresolution in Einklang stehende Erklärung abzugeben, ließen es schließlich im August und September 1917 in England immer zweifelhafter werden, ob man mit Deutschland je zu einer Verständigung kommen könne. Gleichzeitig begannen die Ergebnisse des U-Bootkrieges geringer zu werden und die Wirkungen der Abwehrmittel deutlicher zum Ausdruck zu kommen, so daß in England schließlich die Richtung Lloyd Georges wieder Oberhand bekam, die auf Durchkämpfung des Krieges bis zur letzten Entscheidung drängte.

Welche Schlüsse zieht nun aus diesem ziemlich einfachen Hergang jene deutsche Presse, die nichts erkennen und bekennen, sondern nur recht behalten und ihre Parteifahne rein sehen möchte? Sie behauptet, England sei im Juli 1917 nahe daran gewesen, „in den Knien" zu liegen, und sei lediglich durch die schwachmütige Haltung des Deutschen Reichstages darauf aufmerksam gemacht worden, daß der deutsche Zusammenbruch nahe sei. — Nur deswegen habe es sich entschlossen, weiter zu kämpfen und nicht zu kapitulieren. Diese Auffassung ist gänzlich haltlos, denn sie steht nicht etwa mit Meinungen, sondern mit den Tatsachen in Widerspruch. Zunächst ist es unrichtig, daß Englands Lage schon im Sommer 1917 so katastrophal war, daß es zu einer Uebergabe auf Gnade und Ungnade hätte gezwungen werden können. Nur eine lange Fortsetzung des U-Bootkrieges mit unverminderten Resultaten hätte dies vielleicht herbeiführen können. Das Höchste, was man also von England erwarten durfte und erreichen konnte, war eben jener Verständigungsfrieden, den die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte. Dann aber ist es unwahr, daß die deutsche Propaganda für die Verständigung dem Feinde die Augen für unsere Schwäche geöffnet habe, denn im November erfolgte die italienische Offensive, eine der glänzendsten und erfolgreichsten Aeußerungen der ungebrochenen militärischen Kraft, die ja auch noch im Frühjahr 1918 groß genug war, um die Aussichten erregenden Erfolge der ersten Offensive davontragen. In Wirklichkeit ist Deutschland gescheitert, weil seine Politik nicht die Kraft fand, rechtzeitig und in einem Augenblick, in dem der psychologische Zustand des Gegners es gestattete, einen Frieden zu machen, der zwar nicht die Erfüllung der annexionistischen Wünsche brachte, uns aber Raum zu weiterer Entwicklung auf dem historisch eingeschlagenen Wege gestattete. Und es mußte unterliegen, weil seine moralischen und physischen Kräfte nicht ausreichten, um noch auf Jahre hinaus den Kampf gegen die ganze Welt fortzuführen, eine Tatsache, welche die mit dem Wesen und den Grenzen der Hingebung eines Volkes nicht genügend vertrauten herrschenden Kreise in Deutschland zu ihrem und des Landes Unglück nicht voll erkannten.

r.

England, Irland und Amerika.

Während sich in der ganzen Welt die Erkenntnis immer mehr festsetzt, daß die irische Frage nur durch die weitgehendsten Zugeständnisse in der Richtung eines autonomen Irland gelöst werden kann, steht ihr die englische Regierung nach wie vor völlig ratlos, ohne Programm, ja fast stumm gegenüber. Nur gelegentlich, wie noch in der letzten Rede Lloyd Georges, wird dies Stillschweigen durch Einzelständnisse der unhaltbaren Lage oder durch Hinweise auf die schweren Tage, die bevorstehen, unterbrochen, irgend ein Plan aber, den das Land laut verlangt, nicht einmal angedeutet. Die von der „Times" verfochtene Idee, daß Irland Rang und Verfassung eines Dominiums, wie Kanada, zugestanden werden solle, hat zwar in Irland selbst zu einer „Dominium Liga" geführt; doch sind ihr nur Männer beigetreten, die politisch bedeutungslos sind, wie Sir Horace Plunkett, Lord Fingall u. a. In Irland selbst und unter den Iren Amerikas ist der Gedanke schlechtweg als unzureichend abgelehnt worden.

Inzwischen sucht die Regierung durch fortgesetzte Gewalt und Zwangsmaßregeln der Bewegung Herr zu werden. Sie hält ein Heer von etwa 80 000 Mann in Irland, wofür die Kosten sich monatlich auf £ 900 000 belaufen, d. h. einschließlich der Polizei und Gendarmerie auf 15 Millionen das Jahr. Sie verbietet Versammlungen, durchsucht die Häuser nach Waffen und verbotener Literatur, befragt alle, die sich im Waffenhandwerk üben, mit Zuchthaus und schwerer Arbeit bis zu einem Jahr, und hat in den letzten Tagen das im Stadthaus zu Dublin hängende Parlament der Republik aufgelöst und die Führer der Sinnfein-Partei aufs neue festgenommen. Sie scheint nicht einzusehen, daß all diese Maßregeln nur an der Oberfläche arbeiten, nur dazu dienen, die Erbitterung in immer weitere Kreise zu tragen und das Land völlig der Anarchie zuzutreiben. Der Geist Casements und der fünfzehn im Frühjahr 1916 hingerichteten Blutzeugen läßt sich dadurch nicht bannen.

Auch auf der anderen Seite dauert die Gewalttätigkeit an. Beamte der politischen Polizei werden auf offener Straße erschossen, kein Tag vergeht, ohne daß die Aufständischen sich bald hier bald dort in den Besitz früher Waffenbestände setzen; revolutionäre Literatur wird überall verbreitet; im ganzen Lande wird exerziert, wenn auch nur mit Stöcken und Steinen; und unter dem 5. Garde-Dragoner-Regiment in dem Truppenlager Curragh ist in diesen Tagen eine Meuterei ausgebrochen.

Inzwischen hat die provisorische Regierung der irischen Republik ihren Sitz nach Amerika verlegt, und die dortigen Zeitungen sind voll von den Ovationen, die dem Präsidenten de Valera auf seinem Triumphzuge von New York nach San Francisco gebracht worden sind. Aber die Iren Amerikas beanlagen sich längst nicht mehr mit bloßen Demonstrationen. In Washington ist unter Leitung von Daniel T. O'Connell ein „Nationales Bureau für Irland" eingerichtet worden, welches die Propaganda für die irische Sache durch die ganze Welt leiten soll. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat sich von den angesehensten amerikanischen Iren, Cahalan, Bourke Cockran, Frank Walsh u. a. mehrere Tage lang die Wünsche Irlands, d. h. der Sinnfeiner, vortragen lassen, ihre Klagen über die Hintansetzung der irischen Frage in Paris, ihre Proteste gegen den Völkerbund und ihre Entrüstung über Wilson vernommen, der Vertreter Irlands empfangen, sie aber mit den Worten, man möge ihm alles überlassen, abgefertigt, und seitdem weniger als nichts getan habe. Auch in Amerika wird die irische Sache nicht eher zur Ruhe kommen, als bis sie eine Lösung im Sinne der Sinnfeiner gefunden hat, und so mag es doch noch geschehen, daß Jeffersons Versprechen eingelöst wird, dem nach der Befreiung Amerikas vom englischen Joche nichts so sehr am Herzen lag, als der Wunsch, nun auch Irland zur Abschüttlung desselben Joches zu verhelfen.

Was aber ist von einem England zu erwarten, das in einer nationalen, die ganze Welt erfüllenden Bewegung nur das freche Gebaren einiger unruhiger Elemente sieht und selbst in liberalen Kreisen kein tieferes Verständnis für die Nöte und Wünsche Irlands zeigt? Von einem England, das eben Aegypten annektiert und deutsche Kolonien geraubt hat und dabei ist, Persien zu vergewaltigen? Vor vielen Jahren sagte mir mein damaliger Freund, Lord Washington, völlig logisch konsequent: „Unsere Geschichtschreiber und Politiker sind sich alle darüber einig, daß Irland daran krankt, daß es niemals vollständig erobert worden ist. Gut denn, holen wir das Versäumte nach; eine Gelegenheit dazu wird sich immer finden lassen." Die Gelegenheit wäre nun da, und das wäre eine Lösung, die zwei Drittel aller Engländer aus vollem Herzen billigen würden; vor der Welt aber kann England sich das nicht gestatten. Daß es andererseits die jahrhundertelang geübte Politik der kleinen Konzessionen heute nicht mehr fortsetzen kann, nachdem die Hungerstöße dieser Politik, die dabei gran und all gemordene Redmondsche parlamentarische Partei, verschwunden und durch 73 Sinnfeiners ersetzt ist, liegt auf der Hand. So bleibt also nichts übrig als das weiteste Entgegenkommen, soweit es mit der Sicherheit und Macht Englands vereinbar ist: völlige politische Unabhängigkeit in allen inneren Fragen, in Verwaltung und Exekutive, freie Betätigung und Bewegung in Handel und Industrie, und vor allen Dingen die Lösung des Konflikts zwischen dem Carsonschen Ulster und dem übrigen Irland durch die Iren selbst. Daß dabei der Passus „Waffenbund" mit seinen weltbeglückenden Phrasen nicht mitbefolgt wird und Schwäche dieser papiernen Schöpfung. Die englische Regierung aber läßt der Welt durch den Mund des Staatssekretärs für Irland verkünden, daß England, als es den Waffenstillstand unterzeichnete, zwar dem Wilsonschen Prinzip der Selbstbestimmungsrechts für die kleineren Nationen beigepflichtet, die Anwendung dieses Prinzips auf das britische Reich aber nicht zugegeben habe (s. „Daily News", 16. September).

So bereitet sich langsam eine neue Krise vor, deren Ausbruch diesmal sein Donner der Kanonen des Weltkrieges übertönen wird. Die Augen der ganzen Welt sind auf diese wunde Stelle des britischen Reiches gerichtet, und was lange nur eine innere Angelegenheit Englands war, hat jetzt eine Bedeutung für seine internationalen Beziehungen erlangt, der die Regierung Rechnung tragen muß.

Das englische Parlament wird mit beiden Häusern am 22. Oktober wieder zusammentreten. Die der dem Premier nahestehende „Daily Chronicle" vom 8. Oktober schreibt, ist das